

# Baden-Württemberg und seine „Wutbürger“

## Zur Aktualität der politischen Debatte um die Gründung des Südweststaats vor 60 Jahren

Die Auseinandersetzung um die Gründung des Südweststaats war Ende 1951 endgültig auf der Zielgeraden angekommen. Ein beispielloser Wahlkampf, gewürzt mit politischen Intrigen und Ränkespielen, persönlichen Anfeindungen und Diffamierungen mündete in die Volksabstimmung des 9. Dezember. Ein Jahr zuvor war per Bundesgesetz der umstrittene Abstimmungsmodus festgelegt worden, jetzt sollte die Mehrheit in drei der vier Abstimmungsbezirke den Weg zur Gründung des neuen Staates endgültig freimachen. Wenige Tage vor der entscheidenden Abstimmung hatten die Südweststaatsbefürworter in Karlsruhe zu ihrer Abschlusskundgebung eingeladen. Wer bei dieser Veranstaltung auch nur den geringsten kritischen Zwischenruf wagte, wurde von den stämmigen Burschen des Saalschutzes aus dem Saal hinausgeworfen, verprügelt und in einzelnen Fällen sogar jämmerlich zu gerichtet. Mit Bestürzung berichtete der badische *Südkurier* am 11. Dezember 1951 von diesem Vorfall. Die Attacken hätten auch bei der Schweizer Presse Resonanz gefunden – welche Peinlichkeit! Grund genug für den Kommentator des *Südkuriers*, Alfred Gerigk, das neugeborene Bundesland zum *Testfall für die deutsche Demokratie* zu erklären:

*Haben die Deutschen den Willen und die Fähigkeit, sich in demokratischen Formen selbst zu regieren, was die Achtung vor den Rechten einer Minderheit in sich schließt? Es handelt sich ja um das erste neue deutsche Land, das nicht durch den Willen einer Besatzungsmacht geschaffen wird, sondern durch den Willen der Mehrheit der abstimmenden Bürger. (...) Das südwestlichste deutsche Land, Baden, nannte man einst das deutsche Musterländle. Das neue südwestlichste deutsche Land sollte den Ehrgeiz haben, das deutsche Musterland zu werden. (...) Für seine*

*innere Gestaltung wird es von ausschlaggebender Wichtigkeit sein, dass man die Bürger so an die Mitwirkung im öffentlichen Leben heranlässt, dass alle anderen Länder darin wieder ein Musterbeispiel sehen. (...) Tatsächlich kann der Bürger nur über die Gemeinde zum Staat kommen. Nur in der Gemeinde kann er am praktischen Beispiel unmittelbar erfahren, was politische Verantwortung und was politisches Entscheidungsrecht bedeutet. Nur dann wird das in diesem Staat vorläufig fehlende Staatsgefühl allmählich durch das Gefühl des Bürgers ersetzt werden: das ist meine Verwaltung, die mir gehört, nicht ein von oben her geschaffener künstlicher Apparat.*

Alfred Gerigks Kommentar eröffnet eine didaktische Perspektive, die die Entstehung Baden-Württembergs weit über das Faktum des Gründungsakts hinaus für den Geschichtsunterricht interessant und fruchtbar macht:

- Stil und Inhalte der politischen Auseinandersetzung sowie der politische Entscheidungsprozess mussten, trotz des hohen Grades an Politisierung, eher desintegrierend auf das neue Bundesland wirken. Die *schwierige Geburt* Baden-Württembergs steht in starkem Kontrast zur Erfolgsgeschichte des Südweststaats. Daraus folgt die Frage nach identitätsstiftenden Faktoren für ein, wie Gerigk es nennt, *künstlich geschaffenes* Land ohne tragende historische Wurzeln. Die Argumentationen in der politischen Debatte für und gegen die Staatenfusion bieten hierfür bereits reizvolle Ansatzpunkte.
- Sieht man wie Alfred Gerigk die Gründung des Südweststaats als *Testfall für die deutsche Demokratie*, so lohnt es sich, die Staatenfusion mit anderen schwierigen Prozessen politischer Entscheidungsfindung zu vergleichen.

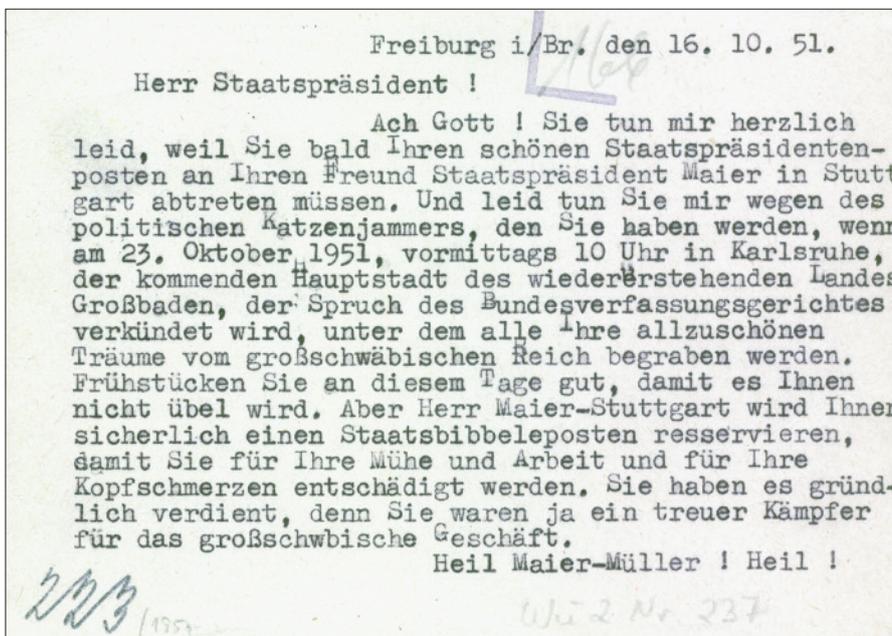
Daraus ergibt sich die Frage nach effektiven Formen politischer Partizipation und, wiederum, ihrer identitätsstiftenden Funktion für ein Gemeinwesen: Wie gestaltet man erfolgreich politische Entscheidungsprozesse, wie beteiligt und repräsentiert man Bürger sinnvoll an diesen Prozessen? Hier lohnt sich auch ein Vergleich des Stils der politischen Auseinandersetzung mit heute praktizierter *politischer Kultur*.

Obige Überlegungen sind Grundlage eines Unterrichtsmoduls, das im Rahmen der archivpädagogischen Arbeit am Staatsarchiv Sigmaringen für den Landesbildungsserver erstellt wurde (siehe unten).

Das Staatsarchiv Sigmaringen verwahrt die Überlieferung des Staatssekretariats des Landes Württemberg-Hohenzollern, darunter eine Fülle von anschaulichem Wahlkampfmaterial in Form von Plakaten, Flugschriften, Postwurfsendungen und Postkarten (Landesarchiv StAS Wü 2 T 1). Von besonderem didaktischem Wert ist eine Zeitschriften-, Zeitungs- und Ausschnittssammlung der „Staatlichen Nachrichtenstelle des Staatssekretariats“ (Landesarchiv StAS Wü 5 T 1, 1946 bis 1952). Diese Nachrichtenstelle war Presse- und Informationsorgan des Staatssekretariats und hatte die Ministerien mit Informationen zu versorgen – z.B. über die von den beiden politischen Lagern publizierten *Kampfzeitschriften* (*Badnerland* und *Vom See zum Main*), die mit zugespitzten Artikeln und Karikaturen die Wortführerschaft zu erringen versuchten. Das Unterrichtsmodul bietet ein didaktisches Konzept, wie Schüler mit einer Auswahl dieser Materialien sowohl im Staatsarchiv Sigmaringen als auch in Form von Reproduktionen im Klassenzimmer arbeiten können.



1



## Stil und Strategie der politischen Auseinandersetzung

Betrachtet man die politische Debatte um die Staatenfusion genauer, so fallen mehrere charakteristische Merkmale auf, die einen Vergleich mit aktuellen politischen Auseinandersetzungen erlauben:

Der Begriff der *Heimat* war in beiden politischen Lagern von zentraler Bedeutung. Als Oberbegriff des Beziehungsgeflechts von individueller Verwurzelung, kollektiver Traditionsbildung und politisch-staatlicher Zugehörigkeit wurde er oft unreflektiert bzw. bewusst vereinfachend für die eigene Argumentation be-

nutzt und instrumentalisiert. Besonders bemerkenswert: die wichtige Rolle, die in der Auseinandersetzung noch immer den *alten Fürstenstaaten* direkt oder indirekt – zukam. So erstaunt z.B. die Wirkkraft der vom (süd-)badischen Staatspräsidenten Leo Wohleb (1947 bis 1952) propagierten *Treue zur badischen Heimat* in Südbaden – einem Gebiet, das erst durch die napoleonische Mediatisierung badisch geworden war (Material 1). Ein eindrückliches Beispiel der Instrumentalisierung des Begriffs *Heimat* findet sich in der Schwäbischen Zeitung vom 7.12.1951. Dort wird von einer Wahlkampfveranstaltung Leo Wohlebs berichtet und das Geschehene kommentiert:

1 | Instrumentalisierung des Begriffs „Heimat“, Emotionalisierung der Auseinandersetzung: Anonyme Postkarte.

Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2 T 1, Nr. 237

Das Postkartenmotiv macht die Südweststaatsfrage anhand des Begriffs der „Treue“ zu einer Frage der Moral. Die historisierende Schriftart suggeriert Traditionsbewusstsein. Der anonyme Verfasser schreibt seine Postkarte, als die Regierung Wohleb die Volksabstimmung des Jahres 1951 noch durch eine Verfassungsklage abzuwenden versuchte. Er rückt Gebhard Müller und Reinhold Maier in die Nähe des Nationalsozialismus.

Als er da in einem badischen Dorfe unweit der württembergischen Grenze die Heimatliebe der Bauern anpacken wollte und von den saftigen Wiesen, den schönen Feldern, den dunklen Tannen und den ewigen Bergen sprach, musste er sich nämlich vom Bürgermeister leise belehren lassen, dass die Berge hier württembergisch seien. Es dürfte eben den Altbadenern schwer fallen, einen Unterschied der Landschaft und der Menschen zu konstruieren. Das einzige, an das sie sich halten können, ist höchstens ein Staatsbewusstsein, allerdings ein sehr junges, das sich erst in den letzten 150 Jahren zusammen mit einem dynastischen Bewusstsein gebildet hat. Mit diesem Staatsbewusstsein ist ein Heimatgefühl verbunden, das aber gar nicht bedroht ist. Verschiedenartige Elemente wurden vor 150 Jahren nach dem Willen Napoleons zusammengebracht. (...) In beiden Ländern sind verschiedene Teile gut zusammengewachsen, und in einem Südweststaat (...) wird es kaum anders sein.

Eine intensive Auseinandersetzung mit dem Begriff der *Heimat* brachten auch die Verhandlungen der politischen Lager mit den Organisationen der Heimatvertriebenen. Viele Heimatvertriebene konnten der südbadischen Propaganda vom *Verlust der alten Heimat* angesichts ihres eigenen Schicksals wenig Verständnis entgegenbringen – ebenso wenig wie der von Südweststaatsgegnern erhobenen Forderung, die *Landfremden* von der Volksabstimmung auszuschließen, sie zumindest aber zum freiwilligen Stimmverzicht zu bewegen.

Ein weiteres wichtiges Merkmal der Debatte um den Südweststaat war die stereotype Verwendung der Bezeichnungen *Badener* und *Schwaben*. Sie diente nicht selten dazu, Sachverhalte zu verallgemeinern, zu vereinfachen und auf einen Grundkonflikt zu reduzieren. So zum Beispiel auf der Grafik einer Postwurfsendung, die Leo Wohleb in lässiger und weltmännischer Manier den *Angriff*



2



3

2 | Stereotype „Badener“ und „Schwaben“:  
Postwurfsendung.  
Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2 T 1, Nr. 252  
Qu. 82

3 | Stereotype „Badener“ und „Schwaben“:  
Karikatur „Die Jagd geht auf!“ von Fritz Meinhard.  
(Stuttgarter Zeitung, 9.9.1950)

der mit einem Füllfederhalter bewaffneten *Sieben Schwaben* abwehren lässt (Material 2). Die württembergische Antwort ließ nicht lange auf sich warten: Eine Karikatur von Fritz Meinhard (Stuttgarter Zeitung vom 9. 9. 1950, Material 3) zeigt Leo Wohleb nicht als mächtigen Politiker, sondern, dem Märchen der Gebrüder Grimm entspre-

chend, als kleines Häschen. Die *württembergischen* Politiker werden so selbst zu *Angsthasen*, Leo Wohlebs politische Bedeutung wird bis in Lächerliche zurückgestutzt.

In einem Manuskript, das im Staatsarchiv Sigmaringen verwahrt wird (Material 4), kommentiert der Staatspräsident von Württemberg-Hohenzollern (1948 bis 1952) und spätere Ministerpräsident von Baden-Württemberg (1953 bis 1958), Dr. Gebhard Müller, beide Zeichnungen und demaskiert die Stereotypisierung der Schwaben in der *badischen Version*. Gebhard Müller nimmt das Märchen der Gebrüder Grimm *beim Wort* und ordnet die sieben Schwaben gemäß ihrer Herkunft den verschiedenen Landesteilen zu. Zwei der sieben *Schwaben* seien, so seine Schlussfolgerung, nachweislich *Badener* gewesen! Im Übrigen: im 16. Jahrhundert, in der Entstehungszeit der Legende von den *Sieben Schwaben*, habe Kaiser Maximilian I. das Reich in Kreise eingeteilt. Der *Schwäbische Kreis* habe damals ganz Württemberg und Baden umfasst und damit den Südweststaat geradezu antizipiert. Gebhard Müllers wohl nicht ganz ernst gemeinter Beitrag endet mit einem bitteren Kommentar zu seiner persönlichen Diffamierung in der Südweststaatsdebatte.

Damit ist ein drittes Merkmal bereits angesprochen: Die gezielte Diffamierung des politischen Gegners, die ihrerseits wiederum dazu diene, Ängste zu schüren, die Auseinandersetzung zu emotionalisieren und in Sachfragen zu polarisieren (siehe Material 5 und 6).

Polarisierungseffekte zeigte auch die auf beiden Seiten betriebene und zugespitzte *Stilisierung* der inhaltlichen Streitpunkte, z.B. als Frage der Bewahrung von Identität oder der Sicherung der Zukunft. Bemerkenswerterweise wurden dabei die von der Gegenseite verwendeten Stilisierungen bewusst aufgegriffen, in veränderter Form in die eigene Argumentation integriert und damit als *Waffe* des politischen Gegners entschärft (Material 7 und 8). Als Beispiel für eine besonders dreiste Zuspitzung der Kampagne gegen die *Südweststaatler* sei der ebenso einprägsame wie absurde Kampfbegriff *Stuttgarter Wirtschaftsimperialisimus* genannt, der sich im *Badnerland*, der Kampfzeit-schrift der Südweststaatsgegner, fand.

## Schwabenstreiche

von Staatspräsident Dr. Gebhard Müller

Ein vortrefflicher Zeichner, der uns schon viel Vergnügen bereitet hat, hat vor wenigen Tagen in dieser Zeitung eine Karrikatur (sic) der sieben Schwaben gebracht. Herr Wohleb tritt in Gestalt jenes Männchen machenden Hasen auf, den die sieben Schwaben anstelle des gefürchteten Ungeheuers, dem ihr Feldzug gilt, plötzlich vor sich sehen. Die Arbeitsgemeinschaft der Altbadener hat gleichzeitig eine Postkarte herausgegeben, auf der der Staatspräsident Wohleb den ganzen Umfang der badischen Landkarte mit seiner Figur ausfüllt, mit energischer Handbewegung, fast eine cäsarische Figur im modernen, eleganten Zivil, die sieben Schwaben, die statt eines Speeres einen Federhalter tragen, zum Rückzug zwingt.

Ist es nicht eine Verkenning der Person und der Politik des Herrn Wohleb, wenn man ihm die Figur dieses harmlosen Hasen gibt? Zieht nicht tagtäglich Wohleb mit scharfer Feder und noch spitzerer Zunge gegen die Schwaben, womit er nur die Württemberger meint, zu Felde? Haben nicht die Württemberger sehr viel mehr Ähnlichkeit mit jenem vermeintlichen Seeungeheuer, das sich als ein Hase entpuppt? Könnte man sich nicht viel eher unter diesen sieben Gestalten den streitbaren Herrn Wohleb (...) vorstellen? Was nun die altbadische Postkarte angeht, so scheint man es in Freiburg vergessen zu haben, dass von den sieben Schwaben nur drei Württemberger sind. Zwei stammen zweifellos aus dem Badischen (...). Die beiden anderen sind aus dem bayerischen Schwaben (...). Diese Legende taucht im 16. Jahrhundert auf. Damals hatte Kaiser Maximilian I. das Reich in Kreise eingeteilt. Der schwäbische Kreis umfasste fast ganz Württemberg und Baden. Diese schöne Geschichte, die uns so oft belustigt und niemals verärgert hat, antizipiert gleichsam vor 6 Jahrhunderten den Südweststaat (...). Dies alles sollte man eigentlich wissen, wenn man diese Legende zur politischen Agitation missbraucht. Sie ist ein belustigendes Symptom dafür, wie leicht die altbadischen Argumente widerlegt werden können. Wir Württemberger lassen uns nur allzusehr von der badischen Agitation beeindrucken. (...)

Ich würde am liebsten ein Preisausschreiben in allen badischen Zeitungen veranstalten und denjenigen prämiieren, der mir aus Reden württembergischer Politiker Verunglimpfungen gegen die Badener nachweist. Es gibt keine. Wir Württemberger wollen mit den Badenern zusammenleben, nicht sie unterdrücken oder beherrschen. (...)

Anm.: Wenn einer wirklich das Recht hat, verbittert zu sein, dann bin ich es selber. Zwei Jahre lang habe ich mich unentwegt um eine Vermittlung der Gegensätze im Interesse der Sache bemüht (...). Ich werde heute in der Öffentlichkeit in einer Weise verleumdet und beschimpft, die ich nach dem Zusammenbruch des Dritten Reiches nicht wieder für möglich gehalten habe. Weil ich weiß, was mit dieser Kampagne bezweckt ist, lasse ich mich nicht verbittern und beirren.

© Landesarchiv StAS Wü 2 T1, Nr. 260, Qu. 327. Zitiert nach: Xaver Pfaff, Christof Rieber, Gebhard Müller, Christ – Jurist - Politiker, Reader 03 „Schule und Archiv“ am Staatsarchiv Sigmaringen, Sigmaringen 2000.

4 | Stereotype „Badener“ und „Schwaben“:  
Auszug aus einem Manuskript von Dr. Gebhard Müller.  
Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2 T 1, Nr. 260 Qu. 327

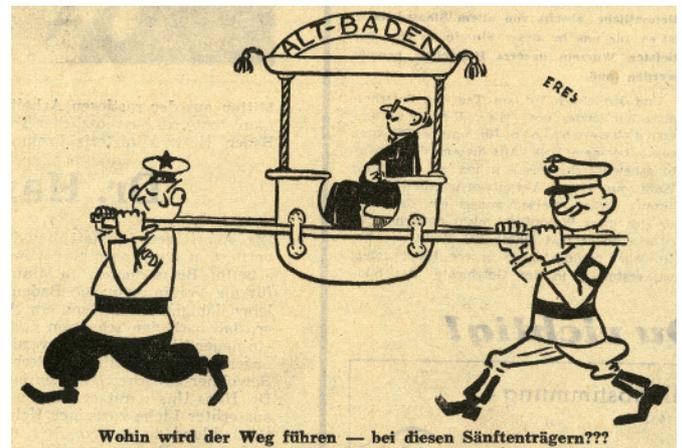
5 | Erzeugung von Angst: Postkarte.  
Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2, Nr. 252 Qu. 83

6 | Politische Diffamierung des Gegners: Karikatur in „Vom See zum Main“, 4.12.1951.  
Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 5 T 1, Nr. 744.

4



5



6

## Von der Südweststaatsfrage zu Stuttgart 21

Auch inhaltlich bietet die Debatte um die Südweststaatsfrage eine ganze Reihe von Parallelen zu heutigen politischen Streitfragen. Lohnenswert ist ein Vergleich mit der (noch immer) aktuellen politischen Auseinandersetzung um den Bau des Verkehrsprojekts Stuttgart 21, das eine ganze Reihe von ähnlichen Fragen aufgeworfen hat:

- Wie können Bürger sachgemäß und repräsentativ an weitreichenden Entscheidungen beteiligt werden? Wie können Partizipationsmöglichkeiten so gestaltet werden, dass sie in ihrem Ergebnis zu mehr Identifikation der

Bürger mit ihren politischen Entscheidungsträgern führen?

- Welche Rolle sollen bei Projekten, die in ihren Auswirkungen verschiedene staatliche Verwaltungsebenen betreffen, die Länder, der Bund und die Kommunen spielen? Wie sind in einer föderalen Struktur das Verhältnis und die Befugnisse von Bund und Ländern zu definieren?
- Welche Rolle kann dem Bundesverfassungsgericht bei schwierigen oder scheinbar unlösbaren politischen Entscheidungsprozessen zukommen?
- Welche Bedeutung hat Transparenz für die Akzeptanz politischer Entscheidungsprozesse?
- Welche Formen des politischen Protests sind im Sinne bürgerlicher Partizipation einer Demokratie förderlich,

wo sind die Grenzen, und wo muss der Staat Akzeptanz für politische Entscheidungen einfordern?

- Welche Grundregeln einer politischen Kultur müssen gelten, damit im Mittelpunkt politischer Auseinandersetzungen die eigentlichen Sachfragen und politischen Argumente stehen?

## Verwendung im Unterricht

Eine besonders fruchtbare didaktische Herangehensweise an das Thema ist die Vorbereitung und Durchführung eines Rollenspiels. Dabei gehen die Schüler von einer Wahlkampfveranstaltung aus, bei der ein Befürworter und ein Gegner des Südweststaats (aus Württemberg bzw. aus Baden), sowie ein Vertreter



7



8

7 | *Stilisierung von Sachfragen: Plakat von 1951. Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2 T 1, Nr. 1976*

Das von den Südweststaatsgegnern gepflegte Motiv der Bewahrung von Tradition und Heimat wird von den Südweststaatsbefürwortern aufgegriffen: Die durch ihre Tracht erkennbar traditionsorientierten drei Landesteile vereinen sich zur Familie. Das Motiv der „Familie“ ermöglicht es, Traditionalismus und Staatenfusion thematisch miteinander zu verbinden. Ähnlich geschieht dies im Wahlkampfslogan „Der Südweststaat – eine Forderung der Vernunft und Heimatliebe“. Auch hier wird das Argument der Südweststaatsgegner „umgedreht“: Die Bewahrung der Heimat erfordere eine zukunftsfähige, „vernünftige“ Lösung, und damit das Votum für den Südweststaat.

8 | *Stilisierung der Auseinandersetzung: Plakat von 1951.*

*Vorlage: Landesarchiv StAS Wü 2 T 1, Nr. 1976*

Die Gründung des Südweststaats als erster Schritt zur europäischen Einigung.



9

9 | *Stil der politischen Auseinandersetzung:*

*Foto einer Plakattafel von 1951.*

*Vorlage: Landesarchiv StAS, Wü 2 T 1, Nr. 293*

Die Botschaft der Südweststaatsgegner wird durch das links ergänzte Plakat ins Gegenteil verkehrt.

Hohenzollerns als Redner auftreten. Nach einer Auswertung des Wahlkampfmaterials (im Original im Staatsarchiv Sigmaringen bzw. als Reproduktion im Klassenzimmer) formulieren die Schüler in Gruppen arbeitsteilig drei fiktive Wahlkampfreden. Während der Reden fungieren die Mitschüler als Besucher der Wahlkampfveranstaltung und bringen ihre Sympathie bzw. ihr Missfallen für die einzelnen Redebeiträge zum Ausdruck. Die Reden ermöglichen es den Schülern, die im Quellenstudium analysierten Inhalte und Argumente sowie Stil und Strategien der politischen Auseinandersetzung in ihren fiktiven Reden einzuarbeiten.

Zur Bearbeitung dieser Aufgabe sollte der Lehrer/die Lehrerin auf die Quellen, die Arbeitsblätter und das didaktische

Modell zurückgreifen, die auf dem Landesbildungsserver verfügbar sind.

Eine zweite, projektartige Möglichkeit, aktuelle Bezüge der Südweststaatsdebatte herauszuarbeiten, bietet der oben angesprochene Vergleich mit der Stuttgart 21-Debatte. Im Rahmen einer Ausstellungseröffnung anlässlich des 60. Jahrestages der Gründung des Südweststaates gestalteten Schüler des Martin-Heidegger-Gymnasiums in Meßkirch zwei parallele Demonstrationen, bei denen in Form fiktiver Reden der Protest der *Altbadener* dem der Stuttgart 21-Gegner gegenübergestellt und so die Parallelität der Argumentationen vor Augen geführt wurde.



10

10 | *Das Thema im Unterricht: Annika Bitzer vom Neigungsfach Geschichte am Gymnasium Ebingen hält eine fiktive Wahlkampfreden für den Südweststaat.*

Foto: privat

11 | *Das Thema im Unterricht: „Wutbürger“ einst und heute – Schüler des Martin-Heidegger-Gymnasiums Meßkirch präsentieren anlässlich einer Ausstellungseröffnung zur Gründung Baden-Württembergs am 25. April 2012 im Meßkircher Schloss zwei Demonstrationen der Jahre 1951 und 2010. Die Parallelen zwischen der Auseinandersetzung um den Südweststaat und um das Projekt „Stuttgart 21“ werden greifbar.*

Foto: privat



11

## Literatur

FRANZ-JOSEF ZIWES: Karikaturen und Plakate zur Entstehung des Südweststaats. Begleitveröffentlichung zur Ausstellung des Staatsarchivs Sigmaringen „Politische Plakate und Karikaturen aus der französischen Besatzungszeit und den Anfängen des Südweststaates“. Sigmaringen 2002.

REINHOLD WEBER UND INES MAYER (Hrsg.): Politische Köpfe aus Südwestdeutschland. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. (Schriften zur politischen Landeskunde 33). Stuttgart 2005.

KLAUS-JÜRGEN MATZ: Kleine Geschichte des Landes Baden-Württemberg. Herausgegeben von der Landeszentrale für politische Bildung Baden-Württemberg. Leinfelden-Echterdingen 2010.

Das Unterrichtsmodul auf dem Landesbildungsserver:

[www.landeskunde-bw.de](http://www.landeskunde-bw.de)

Unterrichtsmodul Geschichte:

MARKUS FIEDERER: „Stuttgarter Wirtschaftsimperialismus“? Der politische Kampf um die Gründung des Südweststaats (1948 bis 1952).

Quellenreader:

CHRISTOPH RIEBER, XAVER PFAFF: Besatzungszeit und Werden des Südweststaats. Gebhard Müllers Wirken als Regierungschef von Württemberg-Hohenzollern 1948–1952 – Akten aus Beständen des Staatsarchivs Sigmaringen. Reader 03 „Schule und Archiv“ am Staatsarchiv Sigmaringen. Sigmaringen 2000.